



## **Resolution der gemeinsamen Konferenz der CGFP, des LCGB und des OGBL**

Die Verantwortlichen der Gewerkschaftsstrukturen der CGFP, des LCGB und des OGBL stellen nach einem gemeinsamen Treffen am 20. November 2014 in Dommeldingen fest, dass das Gesetzesvorhaben des öffentlichen Haushalts 2015, der mehrjährigen Programmplanung und der Sparmaßnahmen, negative Auswirkungen auf die Kaufkraft der Arbeitnehmer, Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sowie der Rentner haben wird, welche seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie den Steuer- und sonstigen Maßnahmen der vorherigen Regierung, praktisch stagniert und sogar rückläufig ist. Die vorgesehenen Sparmaßnahmen (Mehrwertsteuererhöhung, Einführung einer Zusatzabgabe, die vielen erhöhten Gebühren) werden erneut die Kaufkraft belasten.

Sie stellen fest und äußern Kritik an der Familienpolitik, die u. a. neue Einschnitte bei den Familienzulagen für Kinder vorsieht, die nicht durch hypothetische Sachbeiträge für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren kompensiert werden, die zur Verschlechterung der finanziellen Lage vieler Familien führt.

Sie heben hervor, dass die Austeritätspolitik der Regierung ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer, Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sowie der Rentner geht, die über einen Durchschnitts- oder Niedriglohn verfügen, während die Groß- und überdurchschnittlichen Verdienener von Zusatzbeiträgen in Abhängigkeit der Höhe ihres Gehalts verschont bleiben und, dass außerdem weder die Einnahmen aus Kapitalanlagen noch die Unternehmensgewinne betroffen sind.

Sie setzen sich dem Vorhaben der Regierung entgegen die zeitweilig eingeführten Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze (Kurzarbeit) und zur Unterstützung der Arbeitnehmer bei krisenbedingtem Arbeitsplatzverlust und folgender Langzeitarbeitslosigkeit, abzuschaffen, in Anbetracht der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der hohen und weiter steigenden Langzeitarbeitslosigkeit. Aus dem gleichen Grund, lehnen sie die Senkung der Wiedereingliederungshilfe und das ersatzlose Abschaffen des solidarischen Vorruhestands ab.

Sie sind besorgt angesichts der von der Regierung geplanten Einsparungen im Bereich der Krankenversicherung. Sie kritisieren den Alleingang der Regierung, der das System der Krankenversicherung gefährdet.

Sie kritisieren die ausschließlich haushaltsbedingten Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung, die ebenso im Alleingang entschieden wurden, ohne vorherige Absprache oder Übereinkunft. Dieses Vorgehen ist ein schlechtes Vorzeichen für die bevorstehenden Reform der Pflegeversicherung.

Sie kritisieren zudem, dass die Regierung ohne Beratung oder Verhandlungen bestimmten Kategorien von Arbeitnehmern, Maßnahmen auferlegen will, die Auswirkungen auf ihre über Statut oder Tarifvertrag festgelegten Arbeits- und Lohnbedingungen haben werden.

Aus all diesen Gründen appellieren die Vorsitzenden der Gewerkschaftsstrukturen der CGFP, des LCGB und des OGBL dringlich und feierlich an die Regierung die gewerkschaftlichen Positionen zu berücksichtigen, die Gesetzesvorhaben entsprechend abzuändern und endlich einen wahren Sozialdialog einzuleiten.

Sie werden ihre Mitglieder mobilisieren und zu gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktionen schreiten, sollte sich die Regierung weiterhin taub stellen.

**Gemeinsame Mitteilung der CGFP, des LCGB und des OGBL  
Dommeldingen, der 20. November**